



Arbeitsmarkt aktuell

**Deutscher
Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand**

**Bereich
Arbeitsmarktpolitik**

08/2008

Oktober 2008

Jugendarbeitslosigkeit wird unterschätzt



Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand
Postfach 11 03 73
10833 Berlin

Verantwortlich:
Annelie Buntenbach

Rückfragen an:
Dr. Wilhelm Adamy
Johannes Jakob
Silvia Helbig

Telefon 030/240 60 729
Telefax 030/240 60 771
Mail: ais@dgb.de

Wie viele Jugendliche sind offiziell arbeitslos?

Im Juli 2008 zählte die Bundesagentur für Arbeit 362.665 Arbeitslose unter 25 Jahren bzw. eine Jugendarbeitslosenquote von 7,6 Prozent. Das sind 63.551 arbeitslose Jugendliche weniger als im Vorjahresmonat. Mit der noch positiven Arbeitsmarktentwicklung geht auch die Jugendarbeitslosigkeit zurück.

Regional sind die Unterschiede groß: In Ostdeutschland betrug die Jugendarbeitslosigkeit 13,3 Prozent und war damit mehr als doppelt so hoch wie in Westdeutschland mit 6,2 Prozent. Auch bezüglich des Geschlechts lassen sich Unterschiede feststellen. Es sind tendenziell weniger Mädchen arbeitslos (46,3%), als Jungen (53,7%).

Im Hinblick auf das gesamte Erwerbsleben gilt: Je höher der Abschluss, desto geringer die Gefahr arbeitslos zu werden. Im Durchschnitt des Jahres 2007 waren in Deutschland 17,7 Prozent der 25- bis 64-Jährigen ohne Berufsabschluss erwerbslos, aber nur 3,7 Prozent derer, die einen Hochschul-, Fachhochschulabschluss

oder eine höhere berufsfachliche Ausbildung vorweisen konnten. Vor diesem Hintergrund stimmt insbesondere der anhaltend hohe Anteil an Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss bedenklich. Pro Jahr verlassen rund 80.000 Schülerinnen und Schüler die Schule, ohne zumindest einen Hauptschulabschluss gemacht zu haben. Ausländische Jugendliche verlassen doppelt so häufig wie deutsche eine allgemeinbildende Schule, ohne den Hauptschulabschluss zu erreichen, während deutsche dreimal so häufig die Hochschulreife erwerben.

Doch auch trotz abgeschlossener Berufsausbildung ist es für Jüngere schwierig, Beschäftigung zu finden. Neben den Problemen beim Übergang aus der Schule in Ausbildung, der so genannten „ersten Schwelle“, die sich anhand der weiterhin mangelhaften Angebotssituation auf dem Ausbildungsstellenmarkt zeigen, ist zunehmend die „zweite Schwelle“, der Übergang nach der Ausbildung in Beschäftigung, ein Stolperstein der Jugendarbeitslosigkeit forciert. Die Dauer der so genannten Sucharbeitslosigkeit nach der Ausbildung nimmt zu. Der Berufseinstieg verzögert sich und gelingt immer seltener in ein Normalarbeitsverhältnis.

Tabelle 1: Arbeitslosigkeit insgesamt und von 15 bis 25-Jährigen im Juli 2007 und 2008

	Juli 2008		Juli 2007	
	absolut	Arbeitslosenquote*	absolut	Arbeitslosenquote*
Insgesamt	3.210.045	8,6%	3.715.428	9,9%
U 25-Jährige	362.665	7,6%	426.216	8,9%
Ost	127.721	13,3%	146.721	14,8%
West	234.944	6,2%	279.495	7,4%

*bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen insgesamt
Quelle: Statistik der BA, eigene Berechnungen

Tatsächliches Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit bisher unterschätzt

Anders als die Arbeitslosenquote von Jugendlichen zunächst vermuten lässt, haben Jugendliche ein deutlich höheres Risiko arbeitslos zu werden, als die Erwerbspersonen insgesamt. Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit erfasst nicht in vollem Umfang die Probleme von Jugend-

lichen beim Übergang in den Arbeitsmarkt. Demnach erscheint die Jugendarbeitslosenquote geringer als die allgemeine Arbeitslosenquote – international vergleichbare Statistiken weisen die Jugenderwerbslosigkeit jedoch für Deutschland zunehmend höher aus.

Der Bildungsbericht der Bundesregierung 2008 stellt fest: Die allgemeine Arbeitslosenquote (15 bis 64-Jährige) und die Ju-

gendarbeitslosenquote (15 bis 24-Jährige) entwickeln sich seit 2000 in der Weise auseinander, dass die Jugendarbeitslosenquote über der allgemeinen liegt und sich die Schere zwischen beiden bis 2005 geöffnet hat. Auch gegenüber anderen Staaten (Frankreich, Italien, Vereinigtes Königreich) ist der Vorteil Deutschlands deutlich geringer geworden, so dass sich die deutsche Jugendarbeitslosenquote 2006 dem Durchschnitt der EU-15-Staaten annähert und bereits oberhalb des OECD-Mittels liegt.

Dass hinsichtlich der Jugendarbeitslosigkeit die Zahlen der internationalen Statistik höher sind, hängt mit dem Erfassungsverfahren zusammen. Die Zahlen der internationalen Statistik basieren auf Befragungen, bei denen auch die Bewerber für Berufsausbildungsstellen höchstwahrscheinlich als arbeitslos erfasst werden. Bei der BA werden die aktiv als arbeitslos Gemeldeten gezählt. Jugendliche, die eine Ausbildungsstelle suchen und nicht alternativ auch Arbeit, werden nicht als arbeitslos gezählt. Das System der dualen Berufsausbildung in Deutschland ist nicht mit

anderen Ländern vergleichbar, weshalb internationale Statistiken Bewerber für Berufsausbildungsstellen nicht gesondert erfassen. Auch die Programme zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit und das Niveau der Arbeitsförderung können sich im internationalen Vergleich deutlich unterscheiden.

Zählt man die Zahl der arbeitslos gemeldeten Jugendlichen und der unversorgten Bewerber für Berufsausbildungsstellen zusammen, nähert man sich den Zahlen der internationalen Statistiken: Im Juni 2008 zählt die BA 304.022 15 bis 25-Jährige als arbeitslos und 233.822 unversorgte Bewerber für Berufsausbildungsstellen. Eurostat erfasst im Juni 2008 514.000 Arbeitslose bei den 15 bis 24-Jährigen.

Da die internationalen Statistiken keine ausdifferenzierten Daten liefern, muss für die weitere Betrachtung der Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland auf die Zahlen der BA-Statistik zurückgegriffen werden.

Tabelle 2: Jugendarbeitslosigkeit und Arbeitslosigkeit übriger Erwerbspersonen in Deutschland im Vergleich

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
15-24 Jährige	8,4%	8,3%	9,8%	10,6%	12,6%	15,2%	13,6%	11,7%
25-64 Jährige	7,7%	7,9%	8,5%	9,2%	10,1%	10,7%	10,0%	8,3%

Quelle: OECD Employment Outlook

Jüngere werden doppelt so häufig arbeitslos

Das Risiko arbeitslos zu werden, ist zu Beginn des Berufslebens besonders hoch. Das wird auch in der BA-Statistik deutlich, wenn man die Zugänge in Arbeitslosigkeit über ein ganzes Jahr betrachtet – und damit nicht nur den offiziellen Bestand zum Ende eines Monats.

Im Laufe des Jahres 2007 meldeten sich insgesamt 1.724.967 Mio. unter 25-Jährige arbeitslos. Bei durchschnittlich 404.911 Arbeitslosen pro Monat hat sich

der Bestand der arbeitslosen Jüngeren innerhalb des letzten Jahres viermal umgeschlagen. Im Vergleich dazu: Insgesamt hat sich der Bestand der Arbeitslosen in 2007 zweimal umgeschlagen.

Jüngere haben somit ein doppelt so hohes Risiko arbeitslos zu werden, bei einer meist kürzeren Dauer der Arbeitslosigkeit. Das bedeutet: Der Arbeitsmarkt für Jüngere ist viel mehr in Bewegung. Jüngere werden schneller arbeitslos und sind seltener langzeitarbeitslos.

Aktuell haben sich die Zugangszahlen in Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr etwas verringert. Sie sind um 9.592 Fälle von 198.152 im Juli 2007 auf 188.560 im Juli 2008 gesunken. Allerdings werden mehr Jugendliche arbeitslos, als sich wieder abmelden können. Gegenüber den 188.560 Neuzugängen haben nur 126.014 Jugendliche die Arbeitslosigkeit beenden können.

Die hohe Zahl an Neuzugängen im Juli hängt größtenteils damit zusammen, dass sich viele Jüngere im Anschluss an Schule, Ausbildung oder Studium arbeitslos melden. Allerdings nimmt auch der Anteil der Arbeitslosen, die aus Erwerbstätigkeit kommen, im Vormonatsvergleich zu. Waren es im Juni 2008 noch 42.621 Neuzugänge aus Erwerbstätigkeit, sind es im Juli schon 57.811.

Mehr Ein-Euro-Jobs als berufliche Weiterbildung

Auch beim Abgang aus Arbeitslosigkeit gibt es eine ungünstige Entwicklung. Hier sinkt der Anteil derjenigen, die in Erwerbstätigkeit wechseln können. Von 126.014 Jüngeren konnten im Juli 2008 54.220 die Arbeitslosigkeit in Erwerbstätigkeit verlassen. Im Juli 2007 konnten insgesamt noch 133.613 Jüngere die Arbeitslosigkeit verlassen, davon 59.766 in Erwerbstätigkeit.

Mehr Zugänge aus und weniger Abgänge in Erwerbstätigkeit: Trotz sinkender Arbeitslosenzahlen bei den Jüngeren, könnten dies erste Anzeichen dafür sein, dass sich die eintrübende Konjunktur bereits auf dem Arbeitsmarkt für Jüngere bemerkbar macht.

Betrachtet man dazu die Abgänge in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, so bestätigt sich diese Annahme. Im Vergleich zum Vorjahr steigt der Anteil der Eintritte in Maßnahmen. Im Juli 2007 verließen 18.143 Personen die Arbeitslosigkeit in Maßnahmen, im Juli 2008 sind es 20.863 Personen. Insgesamt gab es im April 2008 (aktuellere Zahlen liegen nicht vor) 504.083 Jüngere in Maßnahmen. Hierbei

ist die Anzahl von Ein-Euro-Jobs mit 37.236 Teilnehmenden doppelt so hoch wie der Anteil von Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung mit 18.400 Teilnehmenden.

Angesichts dieses hohen Anteils an kurzfristigen und wenig qualifizierenden Maßnahmen und der Tatsache, dass diese kaum in den ersten Arbeitsmarkt vermitteln - für unter 25-Jährige haben Ein-Euro-Jobs nach einer aktuellen Untersuchung des IAB keinen Eingliederungseffekt und dienen nicht zur Beendigung der Hilfebedürftigkeit - zählt ein Großteil der Jugendlichen in Maßnahmen in eine Grauzone der Jugendarbeitslosigkeit. Auch wenn sie während der Maßnahmen nicht als arbeitslos erfasst werden.

Dauer der Arbeitslosigkeit kürzer, aber noch nicht kurz genug

Im Gegensatz zum höheren Risiko arbeitslos zu werden, ist die Dauer der Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen vergleichsweise kürzer. Im Juli 2008 waren sie im Schnitt 14,6 Wochen arbeitslos, alle Arbeitslosen hingegen 40,7 Wochen. Im Zeitraum 2006 bis 2008 ist die Dauer der Arbeitslosigkeit insgesamt zurückgegangen.

Jugendliche verlassen die Arbeitslosigkeit schneller, weil sie u.a. eher wieder eingestellt werden als bspw. Ältere und im Hartz IV-System auch schwerpunktmäßig gefördert werden. Entsprechend dem Ansatz „Fördern und Fordern“ soll Jugendlichen „unverzüglich“ nach Antragstellung auf Leistungen ein Angebot gemacht werden. Da dies zum großen Teil kurzfristige, wenig qualifizierende Maßnahmen sind, werden Jugendliche zwar formal gefördert - doch ohne nachhaltige Eingliederungseffekte ändert sich für die Betroffenen nicht viel.

Der Anteil der jungen Arbeitslosen, die länger als 6 Monate arbeitslos sind, ist in Berlin, Bremen und Sachsen überdurchschnittlich hoch. Am geringsten ist er im Saarland, in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Bayern.

Tabelle 4: Arbeitslosigkeit von unter 25-Jährigen nach Ländern – über 6 Monate arbeitslos – im Juli 2008

Region	Insgesamt		über 6 Monate arbeitslos	
	Absolut	Anteil in %	Absolut	Anteil in %
Deutschland	362.665	100	69.253	20,5
Westdeutschland	234.944	64,8	41.295	18,8
Ostdeutschland	127.721	35,2	27.958	23,5
Schleswig-Holstein	13.263	3,7	2.353	19,4
Hamburg	6.449	1,8	1.051	16,3
Niedersachsen	36.606	10,1	6.014	18,1
Bremen	3.577	1,0	931	26,0
Nordrhein-Westfalen	83.866	23,1	17.102	21,7
Hessen	24.370	6,7	3.864	19,8
Rheinland-Pfalz	16.364	4,5	2.544	15,7
Baden-Württemberg	21.024	5,8	2.938	14,3
Bayern	25.446	7,0	3.946	15,7
Saarland	3.979	1,1	552	14,0
Berlin	24.640	6,8	6.499	26,4
Brandenburg	20.101	5,5	3.739	22,7
Mecklenburg-Vorpommern	14.045	3,9	2.206	16,3
Sachsen	33.234	9,2	8.158	26,9
Sachsen-Anhalt	20.347	5,6	4.621	24,3
Thüringen	15.354	4,2	2.735	18,4

Quelle: Statistik der BA, eigene Berechnungen

Arbeitslosigkeit nach Rechtskreisen

Die Frage, ob es einen Unterschied macht, ob Jugendliche nach Rechtskreis SGB III oder SGB II betreut werden, ist eindeutig mit Ja zu beantworten.

Handelt es sich bspw. um Schulabgänger mit gleichem Bildungsabschluss, werden Kinder von ALG II-Empfängern automatisch nach Hartz IV betreut. Theoretisch stehen ihnen hier die gleichen Angebote bezüglich Betreuung, Beratung oder Förderung in Ausbildung oder Arbeit zur Verfügung, wie jugendlichen Nichtleistungsbeziehern, die nach SGB III von der Arbeitslosenversicherung betreut werden, weil ihre Eltern kein ALG II benötigen. Zugleich sollen Jugendlichen im Hartz IV-System auch eventuell notwendige sozial flankierende Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden, wie bspw. Kinderbetreuung für Alleinerziehende.

Allerdings stehen Jugendliche in Hartz IV unter einem viel höheren Druck, Angebote annehmen zu müssen. Anderenfalls droht ihnen die sofortige Sperrung der Geldleistungen für drei Monate. Hier sieht Hartz IV eine noch verschärfte Zumutbarkeit vor, als bei Erwachsenen, die bei Ablehnung eines Angebotes die Geldleistungen für drei Monate um 30 Prozent gekürzt bekommen.

Da die Qualität der Maßnahmen in Bezug auf Perspektiven, die sie Jugendlichen eröffnen, sehr unterschiedlich und zum Teil fragwürdig ist, kann die Betreuung im Fürsorgesystem schnell zu einem Nachteil führen. Jugendliche, die nach SGB II betreut werden, müssen annehmen, was ihnen angeboten wird. So wird schnell die Chancengleichheit in Bezug auf eine längerfristig erfolgreiche Integration auf dem Arbeitsmarkt in Frage gestellt.

Und es gibt einen weiteren Unterschied. Jugendliche, die über das Fürsorgesystem (SGB II) betreut werden, sind länger arbeitslos als Jugendliche, die von der Arbeitslosenversicherung (SGB III) betreut werden. Im Juli 2008 betrug der Anteil der Jugendlichen, die über 6 Monate arbeitslos waren, rund 72 Prozent im Fürsorgesystem und rund 28 Prozent in der Arbeitslosenversicherung.

Das liegt zum einen daran, dass von der Arbeitslosenversicherung mehr Jugendliche mit Schulabschluss bzw. Berufsausbildung betreut werden, als im Fürsorgesystem. Azubis, die nach der Ausbildung

bspw. nicht übernommen werden, haben eher Chancen vermittelt zu werden, als bspw. Jugendliche ohne Schulabschluss, die Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB II beziehen.

Zum anderen bringen jugendliche Leistungsempfänger, die aus dem Rechtskreis SGB III nach zwölf Monaten in den Rechtskreis SGB II wechseln, ihre Arbeitslosigkeitsdauer mit. Das relativiert sich jedoch zum Teil, da Jugendliche, die eine Maßnahme absolvieren, nicht als arbeitslos geführt werden und Arbeitslosigkeit nach der Maßnahme als neu beginnend gezählt wird.

Tabelle 5: Arbeitslosigkeit von unter 25-Jährigen im Rechtskreis SGB III und SGB II im Juli 2008

	Absolut	Anteil in %	SGB III		SGB II	
			Absolut	Anteil in %	Absolut	Anteil in %
Deutschland	362.665	100	171.717	47,3	190.984	52,7
über 6 Monate arbeitslos	69.253	20,5	19.159	27,7	50.094	72,3
Deutschland West	234.944	64,8	116.363	49,5	118.581	50,5
über 6 Monate arbeitslos	41.295	18,8	11.281	27,3	30.014	72,7
Deutschland Ost	127.721	35,2	55.354	43,3	72.367	56,7
über 6 Monate arbeitslos	27.958	23,5	7.878	28,2	20.080	71,8

Quelle: Statistik der BA, eigene Berechnungen

Weniger sozialversicherungspflichtige Beschäftigung als im letzten Aufschwung

Für Juli 2008 meldet das Statistische Bundesamt 40,2 Mio. Erwerbstätige. Noch mehr Beschäftigung hatte es seit der Wiedervereinigung nur im vierten Quartal 2007 gegeben. Doch der wirtschaftliche Aufschwung der letzten drei Jahre ist einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung zufolge an den meisten Beschäftigten vorbeigegangen.

Sinkende Löhne und weniger sozialversicherungspflichtige Beschäftigung als im letzten Aufschwung: Auch für unter 25-Jährige hat dieser Aufschwung kaum zusätzliche sozialversicherungspflichtige

Beschäftigung gebracht. Gerechnet vom Tiefpunkt 2005 zum Rekordjahr 2007 gab es zwar ein Plus von ca. 96.000 sozialversicherungspflichtigen Jobs für Jüngere unter 25 Jahren. Im Vergleich mit dem letzten Aufschwung, der von 1998 bis 2001 dauerte, gibt es jedoch ein Minus an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung von ca. 421.000 Stellen, vom Höchststand 2001 zum Rekordjahr 2007.

Gleichzeitig ist die Bevölkerungsgruppe der 15 bis 25-Jährigen von 2000 bis 2007 von ca. 9,3 Mio. auf 9,5 Mio. gewachsen. Weniger sozialversicherungspflichtige Beschäftigung als im letzten Aufschwung und eine Zunahme bei der Bevölkerungsgruppe der 15 bis 25-Jährigen: Das bedeutet, dass immer weniger Jüngere einen sozial-

versicherungspflichtigen Job finden konnten als noch vor acht Jahren. Hatten im Aufschwungsjahr 2000 noch 38,7 Prozent der 15 bis 25-Jährigen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, waren es im Aufschwungsjahr 2007 nur noch 33,7 Prozent. Bei den Auszubildenden sieht die Situation ähnlich aus: Hier hatten 2000 noch 16,2 Prozent einen Ausbildungsplatz, 2007 nur 15,5 Prozent der 15 bis 25-Jährigen.

Während also einerseits die Anzahl der Jüngeren zunahm, gab es auf der anderen Seite kurzfristig zwar ein Plus von 3 Prozent an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung für Jüngere in den letzten drei Jahren, mittelfristig gesehen allerdings ein Minus von knapp 12 Prozent im Vergleich zur Situation 2001. Und dies trotz des sich schon abzeichnenden Fachkräftemangels.

Tabelle 6: Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung für unter 25-Jährige und Zahl der Auszubildenden

jeweils Dezember	Unter 25-Jährige in Tsd.		Auszubildende insgesamt in Tsd.		Alle Beschäftigten in Tsd.
	absolut	Gesamtanteil der Bevölkerungsgruppe	absolut	Gesamtanteil der Bevölkerungsgruppe	
2000	3.587	38,7%	1.502	16,2%	27.825
2001	3.619	38,5%	1.498	15,9%	27.817
2002	3.531	37,1%	1.500	15,8%	27.571
2003	3.361	34,9%	1.486	15,4%	26.955
2004	3.226	33,3%	1.451	15,0%	26.524
2005	3.102	32,0%	1.444	14,9%	26.178
2006	3.114	32,4%	1.448	15,0%	26.354
2007	3.198	33,7%	1.467	15,5%	26.855

Quelle: Statistik der BA, eigene Berechnungen

Vorreiter der Deregulierung am Arbeitsmarkt

Dagegen lässt sich bei prekärer Beschäftigung bei Jungen ein deutliches Plus verzeichnen. Laut einer DGB-Studie¹ müssen junge Beschäftigte während ihrer noch relativ kurzen Erwerbsbiographie deutlich häufiger mit unsicheren und schlecht bezahlten Jobs vorlieb nehmen, als ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – trotz durchschnittlich höherer Bildungsabschlüsse.

So hatten bereits 53 Prozent der jungen Beschäftigten bis 30 Jahre mindestens einen befristeten Arbeitsvertrag, bei den über 30-Jährigen waren es 33 Prozent. Auch von Leiharbeit sind Jüngere häufiger betroffen: 15 Prozent der unter 30-Jährigen gegenüber 8 Prozent der Älteren.

Zu der Planungsunsicherheit anhand kurzfristiger Verträge kommen mangelhafte Entwicklungsperspektiven und niedrige Einkommen: 38 Prozent der jüngeren Beschäftigten erhalten ein monatliches Bruttogehalt unter 1500 Euro – trotz Vollzeitarbeit.

Nach ihrer Berufsausbildung sind nach einer Studie im Auftrag des BMAS² lediglich 31 Prozent nahtlos in ein unbefristetes Vollzeitverhältnis gewechselt. 11 Prozent mussten in ihrer Berufseinstiegsphase ein atypisches Beschäftigungsverhältnis in Kauf nehmen. Bei weiteren 31 Prozent gestaltete sich der Übergang noch schwieriger. Dieses knappe Drittel gelangte erst auf Umwegen mehrerer atypischer Beschäftigungsverhältnisse wie Praktika, befristete Beschäftigung usw. in ein Voll-

¹ DGB Index „Gute Arbeit“ (2007): Arbeitsqualität aus Sicht von jungen Beschäftigten (unter 30 Jahren, ohne Auszubildende)

² INIFES „Anforderungen an den Berufseinstieg aus Sicht der jungen Generation“ (Februar 2008)

zeitarbeitsverhältnis. Somit gelingt 43 Prozent der Berufseinstieg erst auf Umwegen.

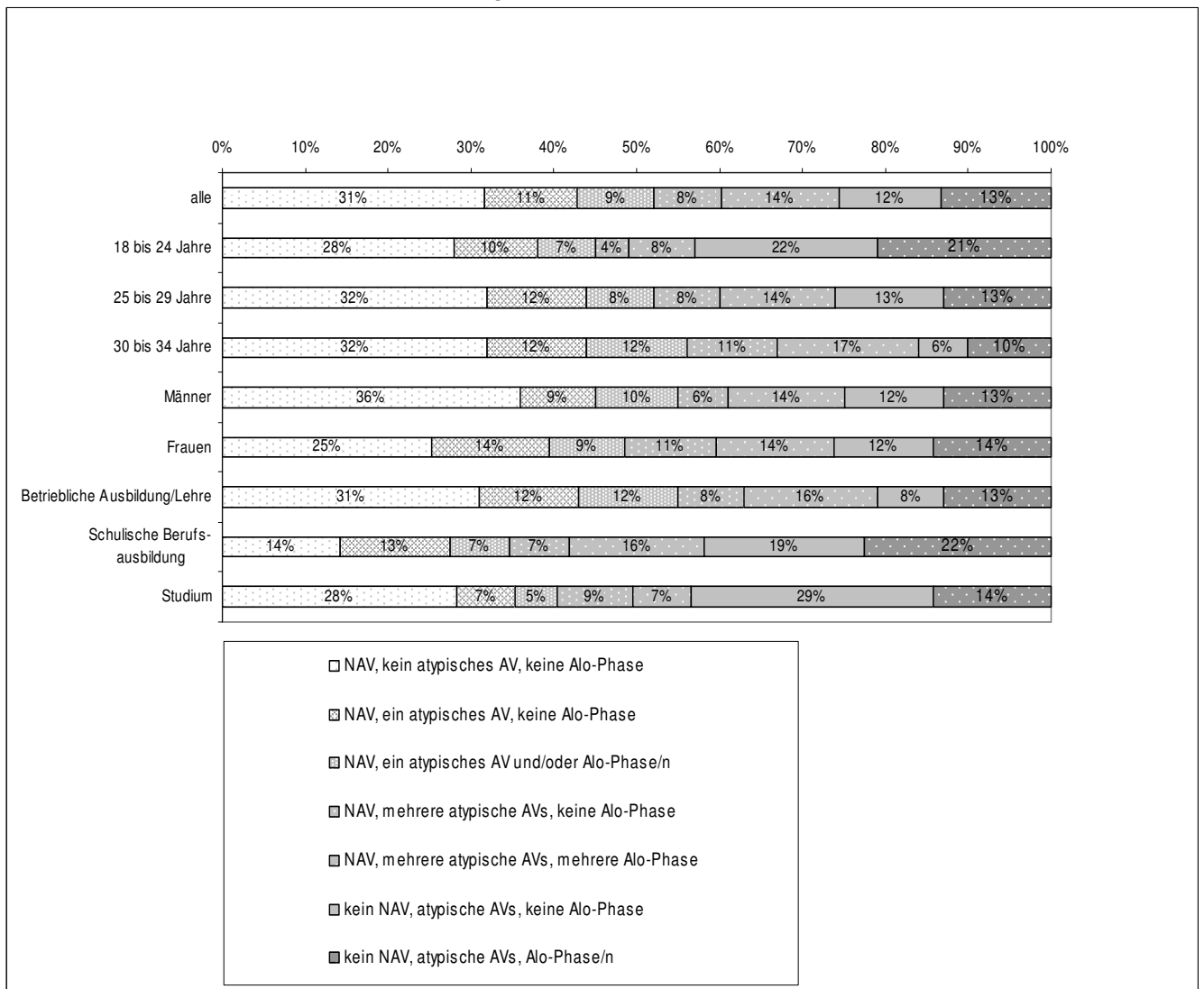
Weitere 25 Prozent der beruflich qualifizierten Einsteiger sind immer noch in der Übergangsphase. Sie wechseln von befristeten Arbeitsverhältnissen, Leiharbeit, Praktika, oder – oft unfreiwilliger – Teilzeit oder Freiberuflichkeit in Arbeitslosigkeit und umgekehrt.

Weiterhin ist auffällig, dass insbesondere die 18-24 Jährigen trotz ihrer kürzeren Erwerbsbiographie mit 21 Prozent doppelt so oft von vielen atypischen Phasen, gemischt mit Arbeitslosigkeit und ohne ein Normalarbeitsverhältnis betroffen sind, wie

die 30-34 Jährigen. Das bedeutet: Je jünger die Befragten sind, desto häufiger haben sie Erfahrungen mit prekärer Beschäftigung gemacht. Prekarität nimmt somit weiter zu und sie nimmt schneller zu.

Weiterhin ist auffällig, dass selbst ein hoher Bildungsabschluss nicht vor Prekarität schützt. 29 Prozent derjenigen, die studiert haben, sind nach ihrem Studium in kein Normalarbeitsverhältnis übergegangen. Stattdessen reihen sich auch bei ihnen mehrere atypische Beschäftigungsformen aneinander. Zählt man noch diejenigen dazu, die zusätzlich schon arbeitslos waren, sind es 43 Prozent.

Tabelle 7: Statuspassagen in der Erwerbsbiographie von jungen, beruflich Qualifizierten nach Abschluss der beruflichen Ausbildung - nach verschiedenen Merkmalen



Quelle: INIFES „Anforderungen an den Berufseinstieg aus Sicht der jungen Generation“ (Februar 2008)

Zusammenfassung

Trotz Aufschwung bleibt Jugendarbeitslosigkeit ein großes gesellschaftliches Problem. Da die Statistik der BA Arbeitslosigkeit von Jugendlichen nicht umfassend abbildet, besteht die Gefahr, dass Jugendarbeitslosigkeit in ihrem gesamten Ausmaß in der Öffentlichkeit unterschätzt wird.

Momentan geht die Zahl der offiziell registrierten arbeitslosen Jugendlichen entsprechend der allgemeinen Arbeitslosenzahlen zurück. Aber: Jugendliche haben ein doppelt so hohes Risiko arbeitslos zu werden. Junge Menschen würden demnach sehr schnell Opfer einer schlechten Konjunkturentwicklung werden. Ein erstes Anzeichen hierfür könnten die im Juli 2008 beobachtbaren zunehmenden Zugänge aus und abnehmenden Abgänge in Erwerbstätigkeit sein.

Zwar werden Jugendliche im SGB II schwerpunktmäßig gefördert, allerdings ist diese Förderung mit einer verschärfteren Zumutbarkeit beim Fordern verbunden, so dass Nachteile entstehen: Jugendliche ALG II-Empfänger werden schneller und härter bestraft als andere ALG II-Empfänger und haben oftmals schlechtere Chancen gegenüber Gleichaltrigen bei ihrer Berufsfindung. Dabei ist die Ausbildung entscheidend: Jugendliche mit keinem oder niedrigem schulischen oder beruflichen Abschluss tragen ein besonders hohes Risiko arbeitslos zu werden und zu bleiben.

Viele Jugendliche erleben ihre Situation als persönliches Versagen und werden teilweise auch so behandelt. Dabei verläuft der Übergang in Ausbildung und Beschäftigung der Jüngeren heute zunehmend länger und schwieriger als noch in ihrer Elterngeneration.

Unter dem Vorwand mangelnder Berufserfahrung und fehlender Qualifizierung werden Berufseinsteiger zunehmend in prekäre Beschäftigung gedrängt. Statt durch Ausbildung und Nachwuchsförderung dem Fachkräftemangel zu begegnen, nutzen viele Unternehmen die Situation der Jün-

geren zur Deregulierung des Arbeitsmarktes.

Berufseinsteiger werden auf höchste Flexibilität, bei geringer Bezahlung und wenig Sicherheit konditioniert. Was auf der einen Seite als sozialversicherungspflichtige Beschäftigung für Jüngere verschwunden ist, ist auf der anderen Seite als prekäre Beschäftigung aufgetaucht. In der Hoffnung auf Beschäftigungszuwachs, „Brückenfunktion“ oder „Klebeffekt“ wird das Normalarbeitsverhältnis zunehmend untergraben - von dem viele Junge so nur noch träumen können.

Forderungen des DGB

Um Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen, ist es notwendig, jungen Menschen eine gute Bildung und Ausbildung zu ermöglichen. Keine oder niedrige Bildungsabschlüsse erhöhen das Risiko von Arbeitslosigkeit. Selbst mit Hauptschul- oder Realschulabschluss ist es für viele schwierig einen Ausbildungsplatz zu finden. Staat, Unternehmen und Gesellschaft müssen dafür sorgen, dass alle Jugendlichen die gleiche Chance haben, die bestmögliche Ausbildung zu absolvieren – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

Hier müssen die Länder ihren Bildungsauftrag ernst nehmen und dafür sorgen, dass bspw. die Zahl der Schulabbrecher verringert und niemand durch Gebühren vom Studieren abgehalten wird. Die Länder sollten sich zu konkreten Zielen verpflichten, wie der Anteil der Jugendlichen ohne Schulabschluss reduziert und die länderspezifischen Aktivitäten einer vorbeugenden Berufsorientierung an den Schulen ausgebaut werden kann.

Sie sollten sich ebenso verpflichten, Maßnahmen zum Nachholen des Hauptschulabschlusses anteilig und mittelfristig ganz zu finanzieren. Insbesondere die Defizite in der Bildungspolitik einschließlich der Kinder- und Jugendpolitik sind es, die für den Nachschub ins Hartz IV-System (mit)verantwortlich sind.

Auch die Unternehmen müssen längerfristig denken und in Ausbildung investieren.

Wenn nur 24 Prozent der Unternehmen in Deutschland ausbilden, ist es janusköpfig, andererseits den Fachkräftemangel zu beklagen.

Bei der Arbeitsvermittlung darf es kein Zwei-Klassen-System geben. Jugendliche aus armen Familien müssen die gleichen Chancen beim Start in Ausbildung haben, wie andere. Sie sollten deshalb ebenfalls durch die Arbeitslosenversicherung nach SGB III betreut werden - ohne den Druck, jedes Angebot annehmen zu müssen.

Für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der Vermittlung sollte eine Nachbetreuung in der Ausbildung oder der Beschäftigung statt finden. Damit der Vermittlungserfolg nachhaltig ist, sollte es möglich sein, Dritte beratend hinzu ziehen zu können, falls Probleme oder Konflikte auftreten.

Ein-Euro-Jobs müssen – wie per Gesetz vorgeschrieben – die Ausnahme bleiben. Sie dürfen nur eingesetzt werden, wenn damit klare arbeitsmarktpolitische Ziele verfolgt werden, z.B. die Eingliederung von langjährig arbeitsentwöhnten Personen. Bei Jugendlichen muss jedoch Ausbildung Vorrang vor Beschäftigung haben.

Die Vermittlung von Jugendlichen und die Leistungen für diese, sollten vor Ort tatsächlich „aus einer Hand“ und durch eine Person erfolgen. Zudem muss die Vernetzung mit anderen Handlungsfeldern wie der Jugend- oder Familienhilfe verbessert werden. So genannte „Jugendhäuser“ könnten Anlaufstelle sein, wo Jugendliche alle Leistungen beantragen und alle Fördermöglichkeiten in Anspruch nehmen können, ohne von Pontius zu Pilatus laufen zu müssen.

Dass Jugendliche in Deutschland ab 2015 bessere Chancen am Arbeitsmarkt haben

könnten, da durch den demographischen Wandel weniger Junge nachwachsen, ist eine Prognose – aber keine Garantie.

Die Zukunft und das Zusammenspiel von Bildung, Arbeitsmarkt, Finanzsystemen, Bevölkerungsentwicklung und –wanderungen in einer globalisierten Welt lassen sich nur schwerlich voraussagen. Diese Prognose darf kein Argument sein, um nicht alle Anstrengungen zu unternehmen, damit jede/r Einzelne die Chance auf einen bestmöglichen Start ins Berufsleben bekommt.

Letzte Ausgaben des „Arbeitsmarkt aktuell“:

- 7/2008 Leiharbeit – Boom auf Kosten der Allgemeinheit**
- 6/2008 Fakten statt Stimmungsmache – zu den aktuellen Risiken für Arbeitsmarkt und Haushalt der BA**
- 05/2008 Hohe Fluktuation am Arbeitsmarkt – doch der Aufschwung ging bisher an vielen vorbei**
- 04/2008 Armut vor Rente steigt**
- 03/2008 Fachkräftemangel – Umfang und Ursachen**
- 02/2008 Atypische und prekäre Beschäftigung boomen**
- 01/2008 Armut trotz Erwerbstätigkeit**

Alle Ausgaben können im Internet abgerufen werden unter www.dgb.de / Themen von A-Z; anschließend die entsprechenden Stichworte eingeben.